Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

18 (22.1.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 18 | **Freitag, den 22. Januar 1932** | **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Nach englischen Mitteilungen kann die Reparationskonferenz in Lausanne am 25. Januar nicht zusammentreten, es ist also eine Verschiebung notwendig, da Deutschland weiterhin an der Konferenz festhält.

*

Der englische Sachverständige im Baseler Ausschuß hat seine Darstellung über die Tributfrage korrigiert und sich für Streichung der Reparationen ausgesprochen.

*

In Ausschüssen des Reichstages wurde über Fürstenabfindung und Pensionskürzung beraten, ohne vorerst zu Beschlüssen zu kommen.

*

Der Reichsrat hat in einer Entschließung sich dahin ausgesprochen, daß im Reichshaushalt die Notlage der Länder und Gemeinden mehr berücksichtigt werde.

*

In Japan wurde das Parlament aufgelöst und Neuwahlen für 20. Februar anberaumt.

*

In Baden und Württemberg gab es am 15. Januar über 320 000 Arbeitslose.

*

In Spanien sind ernste Unruhen ausgebrochen, der Ministerrat trat sofort zusammen.

*

Riesige Devisenschiebungen wurden mit der Verhaftung des Bankiers Gutherz als Vertreter eines englischen Bankhauses aufgedeckt.

*

In der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichsrates am Donnerstag erklärte der Vertreter des Finanzministeriums gegenüber der Entschließung des Ausschusses, daß die Reichsregierung im Hinblick auf die ungeklärten außenpolitischen Verhältnisse im Augenblick eine Erweiterung der Maßnahmen zur Sicherung der Haushalte der Länder, d. h. weitere Zuwendungen an die Länder für die Wohlfahrtslasten, nicht in Aussicht stellen könne.

*

Ministerpräsident Macdonald, der von dem französischen Ministerpräsidenten Laval für das Wochenende zu Besprechungen nach Paris gebeten worden war, hat diese Einladung abgelehnt.

*

Nach einer amtlichen Verlautbarung wird der englische Außenminister Simon nun doch nicht an der Eröffnungssitzung des Völkerbundsrates teilnehmen. Die plötzliche Sinnesänderung des Außenministers steht mit bei Erörterungen des Kabinetts über den allgemeinen Zolltarif entstandenen ernsten Gegensätzen in Zusammenhang.

Riesige Devisenschiebungen aufgedeckt

Berlin, 21. Jan. Ein Fall von Devisenschiebungen, in dem es sich um Millionenobjekte handelt, ist von Beamten der Zollfahndungsstelle aufgedeckt worden. Der Bankier Dr. Gutherz, der Vertreter des Bankhauses Singer u. Friedländer, das seinen Stammsitz in London hat, ist verhaftet worden. Es ist damit zu rechnen, daß im Laufe der nächsten Tage weitere Verhaftungen von Bankiers und Privatpersonen erfolgen werden.

Die ersten Devisengeschäfte, die Dr. Gutherz in Vertretung seines Hauses in Deutschland durchführte, entsprachen den gesetzlichen Bestimmungen. Mit Erlaubnis der hiesigen Devisenstelle brachte er deutsche Wertpapiere vom Londoner Markt nach Berlin. Später tauschte er diese Wertpapiere hier gegen andere deutsche um. Diese neuen Stücke sollte er dann wieder mit nach London nehmen. Die Papiere, mit denen er hier Geschäfte machen wollte, hatten einen Wert von über 1 Million Mark. Die Beamten der Zollfahndungsstelle brachten aber in Erfahrung, daß Dr. Gutherz die neuerstandenen Wertpapiere nicht nach London überwies, sondern daß er mit verschiedenen kleinen Kommissionshäusern und Privatbankiers in Verbindung trat. Er verkaufte die umgetauschten deutschen Wertpapiere und richtete bei seinen Geschäftsfreunden Reichsmarkkonten ein. Die Bestimmungen besagen nun, daß diese Bankkonten als sogenannte Sperrkonten geführt werden müssen und der Kontoinhaber nicht mehr das Recht hat, über die Gelder frei zu verfügen. Dr. Gutherz handelte entschieden gegen diese Bestimmungen. Anscheinend haben englische Firmen nicht nur durch Vermittlung von Gutherz ihre Schulden bei deutschen Firmen in Reichsmark abgezahlt, sondern auch Einkäufe getätigt. Als Dr. Gutherz jetzt nach Marienbad fahren wollte und damit deutsches Reichsgebiet verlassen hätte, wurde er von den Beamten aus dem Zuge heraus verhaftet. Ueber eine halbe Million RM. sind bereits beschlagnahmt worden.

Das Geheimnis um Lausanne

Konferenz am 25. Januar nicht möglich

London, 20. Jan. Das Foreign Office (Auswärtiges Amt) veröffentlicht eine Verlautbarung, in der es heißt: Die Verhandlungen zwischen den an der Lausanner Konferenz hauptsächlich interessierten Regierungen sind noch nicht beendet. Es liegt auf der Hand, daß die Konferenz nicht schon am 25. Januar, dem provisorisch festgesetzten Datum, eröffnet werden kann. Weitere Verhandlungen finden gegenwärtig statt. Die britische Regierung hofft, daß binnen wenigen Tagen eine befriedigende Vereinbarung über das einzuschlagende Verfahren zustande kommt.

London, 20. Jan. „Das Geheimnis von Lausanne" beschäftigt die öffentliche Meinung lebhaft. **„Offiziell"** findet die Konferenz, wie hervorgehoben wird, nächste Woche statt. **„offiziös"** ist die Lage unsicherer als je und **„tatsächlich"** wird die Konferenz nicht, wie vorgesehen war, am Montag beginnen. Inzwischen berät die britische Regierung weiterhin die Lage und jetzt ihren Gedankenaustausch mit den interessierten Nationen fort. Im Interesse von Londoner Kreisen wurde heute darauf hingewiesen, daß Lavals Ersuchen an die Vereinigten Staaten um eine Definition ihrer Haltung gegenüber den Schuldnerstaaten im Falle einer Ausdehnung des deutschen Moratoriums über den Hooverzeitraum hinaus „keinen gemeinsamen Appell der Schuldnerstaaten, sondern eine individuelle Anfrage von seiten Frankreichs darstellt.

*

„Times" über die Verschiebung

London, 21. Jan. Unter Hinweis auf die gestrige Mitteilung des Foreign Office erklärt „Times", die **europäischen Staaten müßten ihr Aeußerstes tun, um sich selbst zu helfen, bevor sie irgendeine Hilfe von Amerika beanspruchen.** Selbstverständlich könne eine endgültige Lösung im Augenblick bei den vollkommen auseinandergehenden Ansichten der Regierung nicht in Frage kommen. Aber man sollte **Deutschland eine Gelegenheit geben zu erklären, was es zu sagen hat und in gemeinsamer Beratung erwägen, was sofort geschehen kann.** Die Tatsache, daß in Frankreich und in Preußen bald Wahlen fällig sind, hat zweifellos eine ganz bestimmte Rückwirkung auf die Abrüstungskonferenz, ist aber kein ausreichender Grund, eine Reparationskonferenz aufzuschieben.

*

Noch keine amtliche Mitteilung

Berlin, 21. Jan. Zu den von ausländischer Seite gebrachten Meldungen über eine Verschiebung der Reparationskonferenz erfahren wir an unterrichteter Stelle, **daß bei der Reichsregierung amtlich von einer Verschiebung der Konferenz noch nichts bekannt ist.** Es könne nur immer wiederholt werden, daß Deutschland an seinem alten Standpunkt festhalten müsse, da angesichts der Gefährdung der allgemeinen Weltwirtschaftslage eine Endlösung des Reparationsproblems umgehend erforderlich sei.

*

Botschafter von Neurath bei Außenminister Simon

T.U. **London**, 21. Jan. Botschafter von Neurath stattete am Donnerstag dem Außenminister Simon einen Besuch ab und legte ihm nochmals den deutschen Standpunkt zur Tributfrage und zur Frage der Lausanner Konferenz dar, im Sinne der Mitteilungen, wie sie in Berlin dem englischen Botschafter gemacht worden sind. Er wies darauf hin, daß eine Verlängerung des Hoovermoratoriums für Deutschland nicht in Frage komme. Auch ein vollständiges Moratorium, einschließlich eines solchen für die ungeschützten Tributzahlungen würde noch keine Erleichterungen bringen, wenn nicht noch vor dem 1. Juli in Verhandlungen über eine endgültige Regelung der Tributfrage eingetreten werde.

Da die Franzosen noch auf Garantien für die Erhaltung ihrer Youngplan-Rechte bestehen, ehe sie sich zur Teilnahme an einer Konferenz bequemen wollen, sucht die englische Diplomatie eine neue Kompromißlösung, über die aber bisher noch keine Entscheidung gefallen ist. Soviel scheint jedoch schon festzustehen, daß zunächst einmal ein zeitlich unbegrenztes Moratorium vorgeschlagen werden soll.

Ueber die weiteren damit in Zusammenhang stehenden Fragen ist noch keine Klarheit geschaffen. Die Bemühungen der englischen Diplomatie richten sich noch immer auf das Ziel, die Lausanner Konferenz zustandezubringen.

*

Frankreich trägt die Verantwortung bei einem Scheitern der Lausanner Konferenz

T.U. **Berlin**, 21. Jan. Eine Entscheidung darüber, wann die Tributkonferenz stattfinden soll, wird in Berliner politischen Kreisen erst gegen Ende der Woche erwartet. Man ist in Berlin der Ansicht, daß der Verzicht darauf, die Konferenz von Lausanne am 25. Januar stattfinden zu lassen, noch keineswegs bedeute, daß nun der Gedanke einer Konferenz überhaupt fallen gelassen sei. In den internationalen Verhandlungen wird der Zusammentritt der Konferenz für einen etwas späteren Zeitpunkt angestrebt. Die Reichsregierung steht jedoch nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Tributkonferenz so bald wie möglich stattfinden muß. Eine Ablehnung der französischen Regierung würde also Frankreich mit der Verantwortung für das Scheitern der Konferenz belasten.

*

Eine Erklärung Laytons

London, 21. Jan. „Daily Mail" hatte sich in einem Leitartikel, in dem sie für Beibehaltung der Reparationen eintrat, auf die Londoner Rede **Sir Walter Layton** vom 13. Januar berufen. Layton übergab dem Blatt eine längere **Erklärung**, worin es heißt, das Herausgreifen eines Teiles seiner Rede aus dem Zusammenhang gebe einen falschen Eindruck von seiner Haltung gegenüber dem Reparationsproblem. **Er habe in seiner Rede ausgeführt, daß es viel besser für alle Beteiligten einschließlich England wäre, wenn die politischen Zahlungen vollkommen annulliert wären. Layton bespricht dann die überaus kläglichen Wirkungen der Reparationen und zieht aus dieser Darlegung folgende Schlußfolgerungen:**

1. Es ist viel besser, die Kriegsschulden zu annullieren, als das Risiko einer neuen Störung nach dem Vorbild der Störung der beiden letzten Jahre einzugehen.

2. Es ist von größter Wichtigkeit, eine endgültige Regelung so schnell wie möglich zu erreichen, denn der Prozeß des Wiederaufbaues kann nicht beginnen, solange diese Zahlungsverpflichtungen über der Welt hängen.

3. Wenn es für die Bereitung eines Weges zu einer allgemeinen Vereinbarung notwendig ist, daß einige Zahlungen geleistet werden, um bestimmte besondere Ausgaben zu decken, dann sollten die von Deutschland bezahlten Summen so bescheiden sein, daß sie die Zahlungsbilanz des normalen Welthandels nicht ernstlich stören können.

Layton betont schließlich, daß er im Einvernehmen mit seinen Kollegen vom Baseler Sachverständigenausschuß fest überzeugt sei, daß eine endgültige Festsetzung der deutschen Verbindlichkeiten zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine dringende Notwendigkeit für die Erholung der Welt sei.

*

Aufruf der englischen Kirchen für Streichung der Reparationen

London, 20. Jan. Die Bischöfe der Kirche von England und die Führer der Freien Kirche haben durch den Rat christlicher Geistlicher einen **dringenden Appell erlassen, in dem sie die Christen in England und anderen Ländern auffordern, all ihren Einfluß für die Aufhebung der Reparationszahlungen und internationalen Kriegsschulden geltend zu machen.** Sie erinnern daran, daß die englischen Vertreter auf dem Wiener Kongreß nach den napoleonischen Kriegen sich für leichte Bedingungen für Frankreich einsetzten, das seine alten Grenzen behalten durfte, Elsaß-Lothringen nicht aufgeben mußte, von England seine Besitzungen in Afrika und Indien zurückerhielt und nur eine mäßige Summe zu zahlen hatte. Anders war es in Versailles, wo der Geist der Rache vorherrschte. Die Reparationen, die Deutschland trotz seines dringenden Protestes auferlegt worden seien, hätten sich als undurchführbar und ungerecht erwiesen und katastrophale Folgen für Besiegte und Sieger gehabt

Samstag Unterzeichnung des Stillhalteabkommens

T.U. **Berlin**, 21. Jan. Die Arbeiten des Stillhalteausschusses sind soweit gefördert worden, daß die Unterzeichnung des Abkommen voraussichtlich am Samstag erfolgen wird. Auch mit der Veröffentlichung des Textes des Abkommens wird schon am Samstag zu rechnen sein.

Politischer Entführungsversuch

Ein zweiter „Fall Kutjepoff"

Bukarest, 21. Jan. Großes Aufsehen erregt hier ein politischer Entführungsversuch, der an den Fall des Generals Kutjepoff in Paris erinnert. Sowjetrussische Sendlinge hatten den Auftrag erhalten, sich des in Rumänien lebenden **Diplomaten Atschebeloff** zu bemächtigen und ihn nach Rußland zu bringen. Er war im Jahre 1921 diplomatischer Vertreter der Sowjetunion in Bern, später schuf er als Privatsekretär Stalins die Politische Polizei. Dann wurde er nach Konstantinopel entsandt, wo er in den Verdacht geriet, mit **Trotzki in Verbindung zu stehen.** Er wurde zurückberufen, weigerte sich aber, nach Moskau zurückzukehren. Seitdem galt er als ein erbitterter Gegner der Sowjets. Der Kapitän eines in Konstantinopel liegenden griechischen Dampfers hatte sich bereit erklärt, Atschebeloff nach Odessa zu bringen. Der Kapitän ist verhaftet worden.

Der Präsident des Statistischen Reichsamts schlägt ein neues Währungssystem vor.

Geheimrat Prof. Dr. Wagemann, der Präsident des Statistischen Reichsamts und des Instituts für Konjunktur-Forschung hat den Plan für ein ganz neues Währungs- und Kreditsystem ausgearbeitet, der in führenden Wirtschaftskreisen größte Beachtung findet. Für den Binnen-Verkehr fordert Wagemann die Loslösung von der Goldwährung und gleichzeitig im Bankwesen eine scharfe Trennung zwischen Giral-Geldern (die als Zahlungsmittel fungieren) und Depositen-Geldern.

Phantasien über deutsche Rüstungen

Im außenpolitischen Ausschuß der französischen Kammer haben am Mittwoch zwei Mitglieder, Eccard und General Bourgeois, über die „deutschen Rüstungen" gesprochen. Auf uns wirkt es humoristisch, wenn wir von deutschen Rüstungen hören; vielen Franzosen aber läuft es dabei anscheinend kalt über den Rücken. Von Zeit zu Zeit wird es besonders schlimm, nämlich dann, wenn internationale Spannungen auftreten oder, wie jetzt, die Abrüstung auf der Tagesordnung steht. Dann läßt man in Frankreich das deutsche Schreckgespenst erscheinen.

Also hat nun General **Bourgeois** auseinandergesetzt, das Deutschland im Widerspruch zum Versailler Vertrag **ein mächtiges Heer** organisiere und dank der großen Zahl von Unteroffizieren, die die Reichswehr sofort nach ihrer Ausbildung verließen, um den Platz für neue Rekruten freizumachen und dank der zahlreichen Offiziere, die in der Reichswehr und in besonderen durch den Versailler Vertrag verbotenen Schulen ausgebildet würden, imstande sei, im Kriegsfalle eine erste Stoßarmee von bedeutender Stärke aufzustellen, deren militärischer Geist durch häufige Zusammenkünfte neuer Einheiten mit Angehörigen ehemaliger Truppenverbände gefestigt werde. Die kriegerischen Vorbereitungen in Deutschland seien von einer **Revanche-Propaganda** begleitet. Die Kinder würden in diesem Geist erzogen und eine Reihe von Schulbüchern sei ausdrücklich in diesem Sinn verfaßt. Senator **Eccard** erklärte, daß die Heeresausgaben versteckt in anderen Haushaltkapiteln untergebracht seien. Der deutsche Haushalt werde bis zu 50 Prozent für rein militärischen Zweck verwendet. Der Pensionshaushalt diene zum größten Teil dazu, die Reserve-Offiziere zu bezahlen, die zu militärischen Arbeiten herangezogen würden. Das ist natürlich bösartiger Unsinn.

Der russisch-finnische Nichtangriffspakt

Helsingfors, 21. Jan. In dem heute **unterzeichneten Nichtangriffspakt** zwischen Finnland und der Sowjetunion verpflichten sich die Vertragschließenden, sich jedes Angriffes, worunter auch jede gegen die Unversehrtheit des Gebietes und die Unverletzlichkeit der politischen Unabhängigkeit gerichtete Gewalthandlung verstanden wird, zu enthalten und an keinem Vertrag teilzunehmen, der sich gegen den anderen Teil richtet. Wird ein Teil von dritter Seite angegriffen, so verpflichtet sich der andere Teil zur Neutralität. Greift ein Teil einen Dritten an, so kann der andere den Vertrag ohne Frist kündigen. Die Vertragschließenden verpflichten sich, die zwischen ihnen entstehenden Streitigkeiten einem Schlichtungsverfahren zu unterbreiten.

Das Reichswehrministerium gegen die Lügen Bourgeois und Eccards

T.U. **Berlin,** 21. Jan. Zu den Pressenachrichten über die Aussprache vor dem Auswärtigen Ausschuß der französischen Kammer betreffend den deutschen Rüstungsstand erklärt das Reichswehrministerium:

In dem planmäßigen Verleumdungsfeldzug, den die französische Presse und andere Stellen in letzter Zeit über das Thema angeblicher deutscher Geheimrüstungen veranstaltet haben, stellen die Behauptungen des Generals Bourgeois und des Senators Eccard einen Gipfelpunkt dar.

Nach diesen Behauptungen soll Deutschland im Widerspruch zum Versailler Vertrag ein mächtiges Heer organisiert haben. Dies wird damit begründet, daß eine große Anzahl von Unteroffizieren aus der Reichswehr ausscheidet, um Platz für Rekruten freizumachen, weiter damit, daß zahlreiche Offiziere in verbotenen Schulen ausgebildet würden. Deutschland sei dadurch imstande, im Kriegsfalle eine starke „Stoßarmee" aufzustellen, deren militärischer Geist durch häufige Zusammenkünfte der neuen Einheiten mit Angehörigen der alten Wehrmacht geweckt werde.

Diese Behauptungen sind erlogen.

Die Zahl der Entlassungen und Neueinstellungen ist im Wehrgesetz nach den Vorschriften des Diktats von Versailles genau festgelegt u. wird ebenso genau eingehalten. Kein Offizier und kein Unteroffizier scheidet aus der Reichswehr vor Vollendung der zwölfjährigen Dienstzeit aus, es sei denn, daß besondere gesetzliche Gründe (Dienstuntauglichkeit) zu vorzeitigem Ausscheiden zwingen. Die Zahl der aus diesen besonderen Gründen ausscheidenden Soldaten überschreitet jährlich in keinem Fall die in Versailles festgesetzte Quote von 5 v. H. der Gesamtstärke. Eine Ausbildung von Offizieren in verbotenen Schulen ist schon deshalb nicht möglich, weil die geringe Anzahl der deutschen Offiziere zum Dienst in der Truppe benötigt wird und weil es überhaupt verbotene Schulen nicht gibt. Im deutschen Reichsheer dienen nur 3800 Gruppenoffiziere, während die Zahl der französischen aktiven Offiziere höher als 30 000 ist. Wenn General Bourgeois von einer deutschen „Stoßarmee" gesprochen hat, so verwechselt er diese anscheinend mit der etwa 50 Divisionen starken französischen „Armee de couverture", da diese eine voraussichtliche Kriegsstärke von über eineinhalb Millionen Mann hat, während die Stärke des deutschen Reichsheeres im Frieden und im Krieg nur 100 000 Mann beträgt, so ist nicht einzusehen, wie der nur dem Zweck der Kameradschaft dienende Verkehr — General Bourgeois gebraucht den völlig irreführenden Ausdruck „Zusammenkünfte" — von Angehörigen der Reichswehr mit Soldaten der alten ruhmreichen Wehrmacht die Sicherheit Frankreichs gefährden kann. An Truppeneinheiten gibt es in Deutschland nur die im Diktat von Versailles festgelegten Formationen.

Wenn General Bourgeois von der Möglichkeit einer schnellen Umstellung der deutschen Großindustrie auf Kriegsfertigung spricht, so ist darauf zu erwidern, daß keine Industie, keine Fabrik und kein deutscher Arbeiter sich so schnell auf Kriegsfertigung umstellen kann, wie die mächtigen französischen Bombengeschwader das jeden Luftschutzes entbehrende deutsche Gebiet überfliegen können.

Für die von General Bourgeois weiter bemängelte Erziehung der Kinder in den Schulen im Sinne einer Revanchepropaganda ist er jeden Beweis schuldig geblieben. Nichts allerdings kann die in der Verfassung von Weimar vorgeschriebene Erziehung der Schuljugend im Geiste der Völkerversöhnung mehr stören, als die politischen Methoden, die Frankreich in den letzten zwölf Jahren gegen das deutsche Volk gebraucht hat. Deutschland wäre zufrieden, wenn die französischen Schulbücher die Kriegsschuldlüge und die Darstellung des Weltkrieges im gleichen Geiste der Wahrhaftigkeit behandeln würden, wie die deutschen.

Die Behauptungen des Senators Eccard über die deutschen Militärausgaben strafen sich durch ihre Lächerlichkeit selbst Lügen. Die gesamten deutschen Militäraufwendungen betragen im Jahre 1930/31 nach den Rüstungsveröffentlichungen des Völkerbundes 707 Millionen RM., während die französischen Militärausgaben im gleichen Jahr sich nach den amtlichen Angaben der französischen Regierung auf 13,8 Milliarden Franken, also mehr als das Dreifache der deutschen Ausgaben beziffern. Im Jahre 1931/32 sind die deutschen Wehrausgaben erheblich vermindert worden. Das französische Militärbudget erreicht im gleichen Jahr die ungeheuere Summe von 18 bis 19 Milliarden Franken.

Eccard wendet sich weiter gegen die von Deutschland betriebene Aufklärung der öffentlichen Meinung über die Abrüstungsfrage. Dazu ist zu sagen, daß Deutschland nicht aufhören wird, das ungeheure Mißverhältnis an Recht, Macht und Sicherheit, das durch die Nichteinhaltung des im Diktat von Versailles gegebenen Abrüstungsversprechens der Siegermächte hervorgerufen und durch das Wettrüsten der rüstungsfreien Mächte in unerträglicher Weise gesteigert wurde, weiter der Oeffentlichkeit der Welt vor Augen zu halten.

*

Groener fordert Gleichberechtigung für Deutschland.

T.U. **Berlin,** 22. Jan. In der neuen Ufa-Tonwoche wird, wie der „Lokalanzeiger" meldet, der Abrüstungsfrage ein besonderer Teil gewidmet. Dazu hat Reichswehrminister Groener folgende Rede zur Verfügung gestellt:

„Inmitten einer Weltkrise ohnegleichen geht Deutschland in den schweren Kampf der Abrüstungskonferenz. Der Irrsinn der Friedensverträge hat die Menschheit an den Rand des Abgrundes gebracht. Das deutsche Volk ist nicht länger gewillt, duldendes Objekt dieser Politik der Unvernunft zu sein. Aus der Not der Vergangenheit, aus dem Leid der Gegenwart erwächst ihm der Wille zur Freiheit, zur Gleichberechtigung und zur Wiedergewinnung seiner nationalen Sicherheit. Entwürdigend und unerträglich für das Freiheitsgefühl eines großen Volkes sind die Fesseln von Versailles, solange der Entwaffnung Deutschlands nicht die feierlich verkündete Abrüstung der Siegermächte in gleichem Umfang und nach den gleichen Methoden folgt. Der Völkerbund muß Deutschlands Gleichberechtigung in der Wehrfrage bringen, oder er zerstört die Grundlagen, auf denen er ruht, Es darf nicht zweierlei Recht für Sieger und Besiegte geben. Umringt von waffenstarrenden Nachbarn, finanziell und wirtschaftlich bis ins Mark getroffen, kann Deutschland seine nationale Sicherheit nur durch Abrüstung der Siegermächte, nicht durch Teilnahme am Wettrüsten wiedergewinnen. Deutschland verlangt aber das gleiche Maß an Wehrhoheit wie die anderen Mächte. Der Kampf in Genf wird schwer werden. An Lockungen zu schwächlichen Kompromissen wird es nicht fehlen. Umsomehr gilt es, in geschlossener Front für die unantastbaren Ansprüche Deutschlands einzutreten."

Die gleichen Ausführungen wurden auch der Deulig-Tonwoche zur Verfügung gestellt.

Straßenkämpfe in Schanghai

Schanghai, 20. Jan. In Schanghai brachen am Mittwoch früh große Unruhen aus. Tausende von Japanern strömten durch die Straßen und griffen die chinesische Bevölkerung an, um einen chinesischen Angriff auf japanische Mönche zu rächen. Die Japaner bewarfen die Chinesen mit Steinen, zertrümmerten Hunderte von Schaufenstern und setzten drei chinesische Fabriken in Brand. An verschiedenen Stellen kam es zu **Feuergefechten** zwischen der chinesischen Polizei und Kundgebern. Dabei wurden zwei chinesische Polizeioffiziere und ein Japaner **getötet.** Später ging die Menge gegen die internationale Niederlassung vor. Auf beiden Seiten wurde scharf geschossen und eine ganze Anzahl von Personen wurde schwer verwundet, darunter ein **englischer Polizeioffizier.** Die **internationale Niederlassung** wurde in Verteidigungszustand gesetzt. Die im Hafen liegenden japanischen Kriegsschiffe machten gefechtsklar und japanische Matrosen streifen durch die Stadt. Der Oberbefehlshaber des japanischen Geschwaders hat nach Tokio um Verstärkung telegraphiert. Am Nachmittag konnte die Ruhe einigermaßen wieder hergestellt werden.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[11

Doch dann mußte sie sich bald genug wieder ihren Gästen widmen, und auch Rheinsbergh wurde in Anspruch genommen.

Beim Abschied verneigte sich Rheinsbergh tief und förmlich vor Elme von Dörring. Sie reichten einander nicht die Hand. Rheinsbergh sagte gedämpft:

„Auf Wiedersehen, mein gnädiges Fräulein."

Und Elme sah ihn nur stumm an mit ihren schönen, rätselhaften Augen.

* * *

Sie trafen noch mehrere Male zusammen, denn Rheinsbergh wurde mit Einladungen förmlich überschüttet. Elme begleitete bei passenden Gelegenheiten Frau von Löwenried. Rheinsbergh machte vor sich gar kein Hehl daraus, daß er sich auf jede dieser Begegnungen freute. Er dachte immer an das blonde Mädel, und er hatte eine lange Unterredung mit Justizrat Herrberg gehabt, der zum Vormund Elmes bestimmt worden war und der um alles wußte. Der alte Herr hatte lächelnd gesagt:

„Elme von Dörring sollte erst am einundzwanzigsten Geburtstage erfahren, daß sie vermögend ist. Sie wissen doch am besten, daß es ihre Mutter so bestimmt hat."

„Allerdings, doch damals konnte niemand ahnen, daß Herr von Dörring so bald schon sterben würde. Meiner Ansicht nach hat sich die Sachlage verschoben. Elme von Dörring könnte eine Ehe eingehen wollen. Wie nun, wenn ihre Armut das Hindernis bildetete?"

Der Anwalt lächelte nicht mehr. Er sagte nur kurz:

„Elme von Dörring soll keinem Mitgiftjäger in die Hände fallen. Vor Not ist sie geschützt auf ihr Alter. Es ist alles gut so, wie es ist."

Rheinsbergh wußte nicht, warum er sich freute, daß der alte Herr so dachte. Aber er atmete direkt befreit auf. Ganz nebenbei sagte er noch:

„Ihre Ansicht deckt sich mit der meinen. Ich war mir nur nicht ganz klar. Ich bin auch heute nur gekommen, um schriftlich zu geben, daß Werdenberg von heute an für Elme von Dörring zum Verkauf steht."

Der Justizrat nickte.

„Sehr gut. Ich werde also ein besonderes Schriftstück anfertigen, das wir dann beide unterschreiben. Sollte einem oder dem anderen von uns beiden etwas zustoßen, dann ist alles geordnet."

Eine Weile schwiegen die Herren dann. Sie rauchten ihre Zigarren und die blauen Ringel strebten zur Decke. Plötzlich beugte sich Justizrat Herrberg vor. Er blickte seinen Besucher lächelnd in das braune Gesicht.

„Mir ist eben ein ganz vorzüglicher Gedanke gekommen, Herr von Rheinsbergh."

„Wollen Sie mir diesen Gedanken anvertrauen?"

„Selbstverständlich! Heiraten Sie die kleine Elme, das wäre die allerbeste Lösung, die man sich in dieser Sache nur denken könnte", sagte der alte Herr ruhig, als handle es sich um etwas, das nahe genug lag, um erwogen zu werden.

Rheinsbergh starrte ihn an; dann sprang er auf, durchmaß mit großen Schritten das Zimmer. Der Justizrat lächelte verstohlen und nickte vor sich hin. Mit einem Ruck blieb Rheinsbergh stehen. Seine sonst so klangvolle Stimme klang heiser, als er sagte:

„Ganz abgesehen davon, daß der Plan von vornherein unausführbar ist, bin ich außerdem viel zu alt für das kleine schöne Mädel. Sie kann ganz andere Ansprüche stellen."

Der Blick des alten Herrn ruhte mit unverhohlenem Wohlgefallen auf Rheinsberghs großer, athletischer Figur. Dann sagte er:

„Ich sehe keinen Grund für Elme von Dörring, Ihren Antrag abzulehnen. Natürlich liegt es mir fern, Sie überreden zu wollen. Nur — das arme Kind wäre dann geborgen und es wäre vielleicht auch im Sinne Maria von Dörrings!"

Dietrich von Rheinsbergh stand dicht vor dem Justizrat, und er drückte krampfhaft die Rechte des alten Herrn.

„Ich habe Maria von Dörring über alles geliebt. Wenn es ihr Wille wäre, dann — — — Doch ich sagte es schon, ich bin zu alt, bin reichlich vierzig. Es wäre ein Verbrechen, dieses blühende Menschenleben an mich binden zu wollen."

„Mit dieser Figur, diesem Aussehen ist man nicht alt", sprach der alte Herr sehr entschieden. „Und soviel ich weiß, haben Sie durch Ihre Heimkehr in unserem Damenflor allerlei Hoffnungen erweckt. Warum soll es dann nicht die kleine Elme sein? Ich nehme nämlich an, daß Sie Ihr Geschlecht nicht aussterben lassen wollen?"

Dietrich von Rheinsbergh strich sich über die heiße Stirn. Im Geiste sah er Maria und Elme dicht nebeneinander. Die eine hatte er geliebt und es war doch Sünde gewesen. Die andere, die war frei! Er konnte sie an sein Herz nehmen, konnte sie schützen. Und es war doch ein Stück von Maria, war ihr Fleisch und Blut! Wenn es möglich wäre! Wenn Elme ihm vertrauen, ihn — lieben könnte! Wäre das nicht das Glück? Hatten deswegen alle Frauen, die ihm bis jetzt begegnet waren, so wenig Eindruck auf ihn gemacht, weil ihm Marias Tochter bestimmt war?

Rheinsbergh richtete sich auf. Gewaltsam schob er die letzten Gedanken von sich. Wohin verirrte er sich? Warum überhaupt hatte der Justizrat solche törichten Hoffnungen in ihm geweckt? Oder waren diese Hoffnungen und Wünsche nicht schon die ganzen letzten Tage in ihm gewesen?

„Herr Justizrat, Elme von Dörring hat das Recht, über sich zu verfügen, wenn Sie wissen wird, daß sie vermögend ist. Jetzt würde sie vielleicht aus ihrer vermeintlichen Armut heraus nach besseren Verhältnissen greifen, und sie würde es dann später bereuen, sich an einen um so vieles älteren Mann gebunden zu haben", sagte er fest.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg